

Wünscht sich von der Landesregierung mehr Mut, den zivilgesellschaftlichen Akteuren mehr Freiheiten für innovative Ansätze und unkonventionelle Lösungen einzuräumen: Landesgeschäftsführer Stefan Werner, hier bei der Mitgliederversammlung des Paritätischen. Foto: Frank Diehn

„Mehr Mut, auch etwas Neues auszuprobieren“

Landesgeschäftsführer Stefan Werner über die Herausforderungen im Wahljahr 2019

2019 ist in Thüringen Wahljahr: Kommunal-, Europa- und die Landtagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Im Gespräch mit dem Landesgeschäftsführer des Paritätischen, Stefan Werner, ziehen wir eine Bilanz der bisherigen Sozialpolitik der rot-rot-grünen Landesregierung, werfen einen Blick auf die Themen des Wahlkampfes und auf die dringend notwendigen Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode.

2019 ist Wahljahr in Thüringen - Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. Welche Note geben Sie denn der Sozialpolitik der Landesregierung?

Ehrlich gesagt tue ich mich immer schwer mit der Vergabe von Noten. Aus Sicht des Paritätischen geht es um die Frage, was die Politik der Landesregierung für die Arbeit unserer Mitgliedsorganisationen und damit auch für die Menschen im Land gebracht hat. Da hätte ich mir schon von der Landesregierung an der einen oder anderen Stelle mehr Geschwindigkeit, mehr Gestaltungskraft und mehr Aufgeschlossenheit für neue Ideen und Wege gewünscht.

Hin und wieder hatte man den Eindruck, dass das Thema Subsidiarität eine eher untergeordnete Rolle spielt. Die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Thüringen leisten eine unglaublich wertvolle Arbeit für Thüringen und seine Menschen. Da wünschte ich mir schon manchmal ein wenig mehr Wertschätzung.

An der ein oder anderen Stelle heißt konkret ...

Nehmen wir die Gebietsreform. Der Paritätische hat eine solche Reform immer unterstützend begleitet - und wir halten es nach wie vor für sinnvoll, diesen Weg zu gehen. Ich bedaure,

dass dieses Vorhaben gescheitert ist. Und zwar vor allem an zwei Faktoren: Die Beteiligung der Akteure vor Ort wurde mangelhaft organisiert und das Vorhaben wurde schlecht kommuniziert. Die Landesregierung hat hier eine Chance für eine strategisch angelegte Sozialplanung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft vertan. Auch beim Thema „Thüringer Digitalisierungsstrategie“ spielt die Sozialwirtschaft eine untergeordnete Rolle. Dabei ist das Thema auch hier von besonderer Bedeutung.

Heißt das, das Land soll in der neuen Legislaturperiode einen neuen Anlauf unternehmen?

Ich könnte salomonisch antworten: Wenn es denn die Zeit erlaubt. In den nächsten Jahren werden wir genügend andere große Themen zu bewältigen haben.

Beispielsweise?

Thüringen wird älter. Deshalb müssen wir uns intensiv Gedanken machen, wie wir die Versorgungssicherheit in der Pflege landesweit gewährleisten können. Hinzu kommt: Das Pflegestärkungsgesetz steht ebenso ins Haus wie die Umsetzung des Pflegeberufereform-

gesetzes. Und es wird eine neue indikatoren- gestützte Qualitätsprüfung geben. Das sind alles große Herausforderungen für die Träger. Die Zeit drängt. Wir haben jetzt noch ein knappes Jahr, um die entscheidenden Schritte zur Umsetzung zu vollziehen. Das ist mehr

zu werden: Ich habe durchaus Verständnis für personelle und finanzielle Engpässe in der Politik. Aber das hilft uns in der Sache auch nicht weiter. Ebenso hätte ich mir mehr Mut für positive Geschichten gewünscht. Wenn wir weiterhin die Pflege oder die Sozialwirtschaft

Das Sozialministerium hat mit dem Landesprogramm für das solidarische Zusammenleben der Generationen, oder wie es neuerdings heißt, dem Landesprogramm Familie eins 99, deutliche sozialpolitische Akzentverschiebungen vorgenommen. Wie steht der Paritätische dazu?

Wir haben gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen in die Begleitung dieses Programms viel Energie investiert. Für uns ist es jetzt wichtig zu schauen, wie die Sozialplanungsprozesse, die in dem Programm beschrieben werden, vor Ort umgesetzt werden. Wir wollen auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landkreisen Thüringens achten - von Eisenberg bis Eisenach. Dazu gehört die Gewährleistung einer sozialen Infrastruktur, die von einer guten Krippenbetreuung bis zu einer qualitätsvollen Pflege im Alter reicht. Der Praxistest steht ja grundsätzlich noch aus.

Versucht die Landesregierung, die zivilgesellschaftlichen Akteure zu sehr am Gängelband zu führen?

Es gibt den Anspruch der Politik zu steuern und zu lenken. Im gewissen Umfang ist das auch richtig. Schwierig wird es aber, wenn man die Entwicklung neuer Ideen und Wege vor Ort behindert, oder gar das Subsidiaritätsprinzip in Frage stellt.

Mehr Mut zu Experimenten also?

Ich würde mir schon wünschen, dass man mehr Mut aufbringt, den zivilgesellschaftlichen Akteuren mehr Freiheiten für innovative Ansätze und unkonventionelle Lösungen einräumt. Hier kann die Landesregierung noch deutlich zulegen. Dieser Mut, solche Laborsituationen zuzulassen, ist insbesondere jetzt gefragt. Denn die Welt um uns herum verändert sich rasant. Treiber dabei ist die Digitalisierung, die das Land, aber auch Vereine und Verbände, vor ständig neue Herausforderungen stellt.

Aber Thüringen hat doch eine Digitalisierungsstrategie?

Das ist zunächst einmal gut. Aber die Sozialwirtschaft und das Thema Teilhabe sind hier noch nicht ausreichend verankert. Das Land muss Prioritäten setzen, es sollte Programme auflegen, um gemeinnützige Träger sowohl bei der Anschaffung von Software und Hardware, wie auch bei der Weiterbildung und Qualifizierung zu unterstützen. Die Steu-



Social media: In der Digitalisierungsstrategie des Landes fehlt noch eine ausreichende Verankerung der Sozialwirtschaft und des Themas Teilhabe. (Foto: pixabay)

als sportlich. Unser Ziel ist es beispielsweise, beim Pflegestärkungsgesetz Personalschlüssel zu erreichen, die einerseits die Qualität aufrechterhalten, andererseits aber so realitätsnah sind, dass sie auch umgesetzt werden können. Und beim Pflegeberufereformgesetz müssen wir darauf achten, dass tatsächlich mehr Ausbildungsplätze entstehen.

In welchen Bereichen hätte die Landesregierung noch mehr Mut und Gestaltungskraft an den Tag legen können?

Ich hätte mir mehr Schlagkraft beim Pflegepakt gewünscht. Das sage ich durchaus selbstkritisch - der Paritätische sitzt ja mit am Tisch - in Richtung aller Akteure. Beispielsweise ist es beim Thema Pflegedossiers kaum vorangegangen. Sie sollen eine gute Versorgung auch in der Fläche sicherstellen. Um nicht missverstanden

im Allgemeinen schlecht reden, dann werden wir damit nicht das Fachkräfteproblem lösen. Nicht falsch verstehen: natürlich können wir Rahmen- und Arbeitsbedingungen verbessern. Aber auch anzuerkennen was gut läuft ist wichtig.

Was ist denn gut gelaufen?

Es ist gelungen, die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung besser abzusichern und hier auch eine tarifliche Finanzierung einzubauen. Damit ist den besonderen Rahmenbedingungen, unter denen die Sozialwirtschaft arbeitet, zumindest in diesem Bereich ein Stück weit Rechnung getragen worden. Ich wünsche mir, dass die Politik, wenn sie über eine gute und auskömmlich finanzierte soziale Arbeit redet, auch den Zuwendungsbe- reich nicht außer Acht lässt.

erquellen sprudeln, das Geld für solche Investitionen in die Zukunft ist jetzt also vorhanden.

In welchen Punkten erwarten Sie Klartext von den Parteien im Wahlkampf?

In vielen Bereichen. Thüringen sollte an seinen Landesarbeitsmarktprogrammen festhalten, die haben sich bewährt. Wir dürfen bei der insgesamt positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt nicht vergessen, dass sich der Sockel an Langzeitarbeitslosen verfestigt. Diese Menschen dürfen nicht allein gelassen werden. Ebenso wenig wie übrigens die Alleinerziehenden, die in einem hohen Maße von Armut bedroht oder schon betroffen sind. Und wenn wir gerade beim Thema Armut sind. Notwendig ist auch die Einführung einer Kindergrundsicherung. Es ist ein Skandal, dass noch immer fast jedes fünfte Kind in Thüringen an oder unterhalb der Armutsgrenze lebt, in einigen Regionen sogar deutlich mehr. Daran haben auch die bisherigen Schritte wie das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung nichts geändert. Von Thüringen könnte auch der Anstoß zu einer bundesweiten Initiative zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland ausgehen. Dringend notwendig ist beispielsweise ein Systemwechsel bei der Pflegeversicherung - weg von der Teilkasko zur Vollkaskoversicherung.

Ein inklusives Thüringen ...

... steht weiter bei uns ganz oben auf der Agenda. Es geht dabei nicht nur um die Umsetzungen der Regelungen des Bundesteilhabegesetzes, sondern generell um die Frage, welche Schritte wir kurz-, mittel- und langfristig unternehmen müssen, um auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft im Freistaat weiterzukommen. Inklusion ist vielleicht eines der ehrgeizigsten Projekte in der Bundesrepublik. Hier geht es um mehr als einen Systemwechsel von der Einrichtungszentrierung hin zur Personenzentrierung. Das bedeutet einen fundamentalen Wandel in unseren Haltungen.

Das Thema Migration und Integration wird sicher auch ein großes Thema im Landtagswahlkampf.

Hier erwarte ich klare Aussagen von den Parteien. Der Arbeitsmarkt ist auf Zuwanderung angewiesen. Ich möchte aber, dass das Thema im größeren Rahmen diskutiert wird. Thürin-

Positionspapier:

„Die Würde des Menschen ist unser Kompass“

Der Paritätische bezieht klar Stellung: Mit einem Positionspapier, das die Mitgliederversammlung im November verabschiedet hat, tritt der Landesverband entschieden allen Ideologien der Ungleichwertigkeit entschieden entgegen. „Wir wollen mit diesem Positionspapier zeigen, wo wir stehen und wofür wir einstehen“, so Landesgeschäftsführer Stefan Werner (siehe auch nebenstehendes Interview). In dem Papier heißt es unter anderem: „Die Würde des Menschen ist unser Kompass. Haltung bedeutet für uns, Demokratie aktiv mitzugestalten und Widerstand zu leisten wenn Menschenrechte bedroht oder missachtet werden“. Das Positionspapier weist darauf hin, dass viele Menschen verunsichert sind, weil Einkommen, Vermögen, Teilhabe- und Bildungschancen immer ungleicher verteilt sind. Die öffentliche Armut in den Kommunen habe zugenommen, weil seit Jahren am Allernotwendigsten gekürzt werde. Diese Verunsicherung mache anfällig für vermeintlich einfache Lösungen. Abgrenzung ist für den Paritätischen aber etwas anderes als Ausgrenzung. Deshalb

spricht sich der Verband klar für Diskussion und Dialog aus. „Diese Dialog-Formate sind auch deshalb notwendig, damit die Werte, für die unsere Grundordnung steht und die auch der Paritätische teilt, in der Öffentlichkeit offensiv vertreten werden“, unterstreicht Stefan Werner. „Wir hören zu, ordnen ein und zeigen Haltung“, stellt das Positionspapier klar und deutlich fest. Und der Paritätische handelt: Demokratische Netzwerke werden unterstützt und gestärkt, um gemeinsam aktiv für Demokratie, Offenheit und Vielfalt einzutreten und zivilgesellschaftlichen Widerstand zu leisten. Darüber hinaus werden alltagspraktische Handreichungen erstellt und Unterstützung in Krisensituationen gewährt. „Wir bleiben mit den Mitgliedsorganisationen die starke Stimme einer Gesellschaft der Vielfalt“, unterstreicht das Papier.

Mehr zur Mitgliederversammlung und den kompletten Jahresbericht 2017/2018 finden Sie unter: www.paritaet-th.de/xpkk



Die Mitgliederversammlung verabschiedete ein Positionspapier für Vielfalt Foto: Frank Diehn

gen braucht eine positive Migrations-Atmosphäre, die Menschen, die zu uns kommen, müssen spüren, dass sie bei uns willkommen sind, dass wir uns auf sie einlassen. Viele unserer Mitgliedsorganisationen sind auf diesem Gebiet ja schon seit langem aktiv. Und die Thüringer Landesregierung fährt hier glücklicherweise einen anderen Kurs als andere Landesregierungen. Aber wir dürfen hier nicht nachlassen. Und wir dürfen nicht zulassen, dass Migranten und sozial benachteiligte Deutsche gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb muss die Politik auch in anderen Bereichen klare Konzepte haben. Beispielsweise wenn es um das Thema günstiger Wohnraum und die notwendige Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus geht. Das Gleiche gilt für eine Reform der Hartz IV-Gesetze, für entscheidende Schritte gegen die Altersarmut oder auch für zukunftsfeste Konzepte für die Zukunft des ländlichen Raums. Es braucht den Spurwechsel.

Ein anderes wichtiges Thema ist die Bildung. Um das Thema Freie Schulen ist es in der öffentlichen Debatte ein wenig still geworden. Oder täuscht der Eindruck?

Im öffentlichen Diskurs ist das Thema vielleicht nicht mehr so präsent. Für uns spielt es aber eine wichtige Rolle. Wir werden von den Parteien eine klare Positionierung zu dem Thema verlangen, insbesondere zu den berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft, die im Moment heillos unterfinanziert sind. Wir brauchen diese Schulen, wenn wir den Fachkräftebedarf decken wollen. Wir brauchen sie aber auch als eine Bereicherung der Schullandschaft. Sie stehen für Wahlfreiheit und Vielfalt. Es sind einfach gute Schulen. Wir brauchen beide - staatliche und freie Schulen. Sie sollten in der Diskussion nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Ausländerfeindlichkeit hat in Thüringen zugenommen - und das bei einer Quote von gerade einmal fünf Prozent ausländischer Mitbürger. Was ist zu tun?

Wir müssen Orte und Formate finden, um zu einem gesellschaftlichen Dialog zu kommen. Wir brauchen wieder Konsens darüber, welche Gesellschaft wir wollen - eine Gesellschaft voller Feindbilder oder eine Gesellschaft der Solidarität. Wir müssen einerseits deutlich machen, dass Thüringen Zuwanderung braucht, wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen. Aber wir müssen uns auch einig sein,

dass wir denen, die zu uns kommen, Chancen geben, hier Fuß zu fassen, mit ihren Familien hier leben zu können und sich bei uns wohl zu fühlen. Wir brauchen weiter eine humane Flüchtlingspolitik statt einer Politik der Abschottung.

Gibt es Ideen, wo man die eben beschriebenen Orte des Dialogs finden kann?

Auf der paritätischen Agenda für 2019 steht im Rahmen des Landtagswahlkampfes das Angebot solcher Gesprächsorte und Gesprächsformate in den Regionen Thüringens. Dort sollen Bürgerinnen und Bürger direkt mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch kommen. Diese Dialog-Formate sind auch deshalb

etwas anderes ist als Ausgrenzung. Deshalb sprechen wir uns klar für Diskussion und Dialog aus. Wir wollen die demokratischen Netzwerke in Thüringen unterstützen und bleiben die starke Stimme einer Gesellschaft der Vielfalt, wie es in dem Papier heißt. Gleichzeitig treten wir allen Ideologien der Ungleichwertigkeit entschieden entgegen.

Wird es klassische Wahlprüfsteine geben?

Natürlich werden wir unsere Forderungen anmelden. Aber nicht in Form der klassischen Wahlprüfsteine. Im Hinblick auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt braucht es eine andere Form der Diskussion. Wir wollen mit den Politikerinnen und Poli-



Klare Aussagen zur Migrationspolitik erwartet Stefan Werner von den Parteien im Landtagswahlkampf. (Foto: pixabay)

notwendig, damit die Werte, für die unsere Grundordnung steht und die auch der Paritätische teilt, in der Öffentlichkeit offensiv vertreten werden. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

Die Mitgliederversammlung des Paritätischen hat im November ein Positionspapier für Vielfalt verabschiedet. Welches Zeichen sollte damit gesetzt werden?

Wir wollen mit diesem Positionspapier zeigen, wo wir stehen und wofür wir eintreten. Wir wollen auch deutlich machen, dass Abgrenzung

kern und mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Themen ins Gespräch kommen, die die Menschen bewegen - von der Wohnungsnot über die Fragen der Altersarmut bis hin zu der Frage, wie Integration gelingen kann. Wir treten offensiv für unsere Werte ein. In unserem Positionspapier heißt es dazu: „Haltung bedeutet für uns, Demokratie aktiv mitzugestalten und Widerstand zu leisten, wenn Menschenrechte bedroht oder missachtet werden.“

Interview: Hartmut Kaczmarek